

## Die Euro-Rebellen

Von Sven Siebert, Berlin

### Drei sächsische CDU-Leute gehören zu den möglichen „Abweichlern“ bei der Abstimmung über den Rettungsschirm.

Veronika Bellmann hat ihre Zustimmung schon am nächsten Tag bereut. Am 7. Mai vergangenen Jahres habe sie wie fast alle Mitglieder der Fraktionen von Union, FDP und Grünen für das erste, milliarden schwere Griechenland-Paket gestimmt, berichtet die Freiburger CDU-Abgeordnete. „Schon Stunden später“ sei klar geworden, dass dies keineswegs die endgültige Rettung für die hochverschuldete Republik bedeutet hatte.

Die Regierungschefs der EU vereinbarten in Brüssel in der Nacht zum 10. Mai einen noch viel größeren Rettungsschirm, weil nun auch Länder wie Irland, Portugal, Spanien und Italien unter Druck gerieten. „Da ist ein Trichter aufgegangen, der nie wieder zugeht“, sagt Bellmann. Dem Griechenland-Paket zugestimmt zu haben, sei für sie „der erste Sündenfall“ gewesen. Wenn am Donnerstag im Bundestag über den erweiterten Euro-Rettungsschirm, die „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF), will Bellmann nicht zustimmen. Sie glaubt nicht an die „Horror szenarien“ vom Untergang Europas nach dem Scheitern des Euro.

Bellmann wird aber nicht gegen den Gesetzentwurf stimmen, dessen Inhalte Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) ausgehandelt haben. In der Unionsfraktion hat Bellmann vor drei Wochen noch Nein gesagt. Am Donnerstag will sie sich enthalten.

Bellmann gehört zur Gruppe von zwölf Abgeordneten der Regierungsfraktion von CDU und CSU, die in der internen Probeabstimmung gegen die EFSF votierten. Sieben weitere enthielten sich. Bei der FDP gab es zwei Nein-Stimmen, Vier enthielten sich.

Seit diesen Testläufen wird viel darüber gesprochen und spekuliert, ob die Regierung eine „eigene Mehrheit“, ob Merkel eine „Kanzlermehrheit“ zusammenbekommen wird oder auf die Hilfe von SPD und Grünen angewiesen ist, die der EFSF-Erweiterung zustimmen wollen.

Eine „eigene Mehrheit“ – das wären mehr Ja-Stimmen von Union und FDP, als die Opposition bei geschlossener Ablehnung zusammenbekommen würde, also mindestens 291. Eine „Kanzlermehrheit“ ist die Mehrheit der Mitglieder des Bundestags, also mindestens 311. Union und FDP verfügen insgesamt über 330 Stimmen. 19 schwarz-gelbe Abgeordnete könnten mit Nein Stimmen, sich enthalten oder der Abstimmung fernbleiben, ohne die „Kanzlermehrheit“ zu gefährden.

Diese Überlegungen sind zunächst mal rein theoretisch. Es gibt keine verfassungsrechtliche Regelung, die beim Verfehlen der Kanzlermehrheit bei einer Abstimmung über ein Gesetz Rücktritte oder Neuwahlen vorschreiben würde. Der Stabilität der Regierung Merkel täte es aber nicht gut, wenn die Koalition der Chefin in einer so wichtigen Frage nicht mehr halbwegs geschlossen folgen würde.

Die tatsächlichen oder möglichen „Abweichler“ in den Regierungsfractionen bekamen daher in den vergangenen Wochen viel Aufmerksamkeit. Nicht nur die Journalisten fragen immer wieder nach dem Abstimmungsverhalten – auch die eigenen Leute bohren nach. Unionsfraktionschef Volker Kauder hat Wackelkandidaten heute zu Gesprächen eingeladen, um die Reihen zu schließen.

Marco Wanderwitz aus Hohenstein-Ernstthal, Vorsitzender der „Jungen Gruppe“ von Unionsabgeordneten, will die heutigen Gespräche abwarten, ehe er sich in seinem Abstimmungsverhalten festlegt. Aber auch der 35-Jährige hat Bauchschmerzen. Er gehört zu denen, deren Skepsis nach anfänglicher Zustimmung gewachsen ist.

Der Sparwillen der Griechen sei kaum noch zu erkennen, sagt Wanderwitz. Und die weitreichenden Ermächtigungen, die mit der EFSF verbunden sind, empfindet Wanderwitz eigentlich als unzumutbar. „Ich werde nochmal alles abwägen und dann entscheiden“, sagt er.

Zu allem entschlossen ist der dritte sächsische „Abweichler“, Manfred Kolbe aus Naunhof bei Grimma. Er werde am Donnerstag ganz sicher mit Nein stimmen, sagt er. Kolbe ist gerade in Washington bei der IWF-Tagung und hört dort überall, dass man den derzeitigen Umfang der EFSF längst für zu gering halte. „Wir stimmen also schon wieder über etwas ab, das überholt ist“, sagt er. Kolbe hat schon die bisherigen Bemühungen abgelehnt. Die Rettungsschirm-Politik sei gescheitert, weil sie von den Schuldenstaaten Reformdruck nehme.

Kolbe und Bellmann weisen auch das Kanzlerinnen-Argument zurück, mit den Rettungsschirmen habe man „Zeit gekauft“ für Reformen – aber auch, um Möglichkeiten für eine Insolvenz eines Staates zu schaffen. „Diese Zeit ist zu teuer“, entgegnet Kolbe. Und Bellmann sagt, Zeit sei nicht gekauft worden – „wir haben sie von unseren Kindern geklaut“.